

An den Bildungsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

17.11.2014

Schriftliche Anhörung des Bildungsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Thema Inklusion an Schulen

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Ziel, ein inklusives Bildungssystem zu verwirklichen, kann nur im Gesamtzusammenhang wirklich erreicht werden. Aus unserer Sicht werden in Schleswig-Holstein und in Deutschland, anders als in ganz Europa, die bildungsnahen Familien immer noch zu früh von den eher bildungsfernen Familien getrennt.

Längeres gemeinsames Lernen ist gerade für die Weiterentwicklung von inklusiven Strukturen ein wichtiges Element. Alle Kinder profitieren von heterogen zusammengesetzten Gruppen. Insbesondere Kinder mit Problemen in der sozial-emotionalen Entwicklung und Kinder aus bildungsfernen Familien benötigen im täglichen Umgang alternative Konzepte und die dauernde Begegnung mit einer positiven Norm, um sich nicht wiederkehrend als Bildungsverlierer wahrzunehmen. Schnell lernende und in ihrer sozialen Entwicklung fortgeschrittene Kinder erweitern ihr Wissen und ihre Fähigkeiten im Umgang mit unterschiedlichen und manchmal schwierigen Charakteren.

Indem die gymnasial empfohlenen Kinder bereits nach der vierten Klasse unter sich sind, verstärkt man bereits früh das Gefühl der Zweiklassengesellschaft. Die abgeschaffte Hauptschule lebt auf diese Weise im Kern in den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe weiter. Die Ergebnisse sind bekannt. Sie werden regelmäßig wiederkehrend von der Bildungsforschung präsentiert. In Deutschland hängt Bildungserfolg nach wie vor stark davon ab, in welchem Elternhaus die Kinder groß werden. Eine stimmige Antwort der Bildungspolitik auf diese Frage ist nach wie vor länderübergreifend nicht in Sicht. Ein überzeugendes inklusives Konzept sollte diesbezüglich auch Antworten liefern oder Perspektiven aufzeigen.

Schulen, die seit Jahren inklusiv arbeiten, sind in der Regel Vorbildschulen mit landes- und bundesweiter Ausstrahlung, da sie sich bereits strukturell mit der Beschulung von heterogenen Lerngruppen über einen längeren Zeitraum beschäftigt haben. Dieser Umstand bedingt, dass sie sich in differenzierter Form mit der Vermittlung der Inhalte und Methoden auseinandergesetzt haben müssen. Diese führenden Einrichtungen haben aus ihrer Arbeit heraus in logischer Konsequenz Bewertungssysteme ohne Noten entwickelt. Von dieser Vorgehensweise profitieren letztlich alle Schüler, unabhängig von ihrer Begabung. Eine inklusive Bildungslandschaft sollte diesen Einrichtungen folgen und weiterhin auf eine

flächendeckende Bewertungssystematik ohne Noten hinarbeiten. Individualisierendes Vorgehen im Unterricht und Bewertung nach einheitlichen Maßstäben durch Noten stellen nach unserer Auffassung sich widersprechende Grundparameter dar, die mit einem inklusiven Schulsystem nicht vereinbar sein können.

Da Inklusion systemisch und gesamtgesellschaftlich gedacht werden muss, lehnen wir es ab, diesen Bildungsauftrag nur an einige Schulen zu vergeben, die sich diesem Thema verstärkt widmen. Inklusion und die Organisation von Verschiedenheit ist eine Aufgabe, der sich alle Lehrkräfte stellen müssen. Von einem Unterricht, der Verschiedenartigkeit berücksichtigt, profitieren letztlich alle Kinder. Innerhalb dieses Prozesses müssen sich Lehrkräfte aller Schularten in der Zukunft stärker als Personen präsentieren, die in der Lage sind, in Teamstrukturen und Netzwerken zu denken und zu handeln. Dem Institut für Qualitätsentwicklung kommt in diesem Kontext die Aufgabe zu, entsprechende Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zu organisieren.

Probleme sind besonders im Übergang zwischen Systemen zu erwarten. Immer dann, wenn die persönlichen Bindungen gelockert oder getrennt werden, besteht die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche in ihren biografischen Entwicklungen anfällig werden.

Dadurch, dass vermehrt Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarfen in der Grundschule eingeschult werden, müssen hier auch vorrangig und verstärkt Ressourcen eingesetzt werden, die deutlich über die derzeitige Klassenversorgung hinausgehen. Nur so kann flächendeckend ein positiver Einstieg ins lebenslange Lernen erzielt werden. Die gegenwärtige Versorgung mit Sonderpädagogen reicht nicht aus, um ein hochwertiges und inklusives Bildungssystem langfristig erfolgreich zu betreiben. Damit ein sicheres Fundament entstehen kann, müssen multiprofessionelle Teams den Schuleinstieg personell begleiten. Jeder Schule sollten Förderkontingente zur Verfügung gestellt werden, mit denen sie in die Lage versetzt wird, flexibel zu reagieren. Von verbesserter Grundlagen- und Grundwertevermittlung profitieren die weiterführenden Schulen.

Für die sonderpädagogische Versorgung wären Festlegungen/Empfehlungen von Standards auf der Ebene der Kultusminister wünschenswert. Sollte das nicht gelingen, sind Maßstäbe für das Land Schleswig-Holstein erforderlich. Die Probleme der Städte in Bezug auf Sozialstruktur und die Schwierigkeiten der Kreise im Hinblick auf die Flächenversorgung sollten hier Berücksichtigung finden. In die Zuweisungskriterien gehören unserer Ansicht nach daher neben der Schulgröße auch die soziale Beschaffenheit des Stadtteiles oder des Schulaufsichtsbezirkes (z. B. Anteil von Leistungsbeziehern oder Arbeitslosenquote). Jede Form von „Pro-Kopf-Zuweisung“ fördert sonderschulisches Denken und hält die Anteile und Quoten im Hinblick auf sonderpädagogischen Förderbedarf künstlich hoch.

Die Schulämter müssen sich zunehmend zu einer koordinierenden Größe innerhalb von regionalen Netzwerken entwickeln. Auch die Kommunen spielen in diesem Arbeitsfeld als Partner eine wichtige Rolle. Wir empfehlen, bereits bestehende positive Ansätze aus den unterschiedlichen Schulaufsichtsbezirken aufzunehmen und die Essenz daraus in ein Rahmenkonzept zu fassen. Regionale Besonderheiten müssen hierbei ebenfalls berücksichtigt werden. Damit inklusive Bildung auch den Bedingungen vor Ort Rechnung trägt, ist es aus unserer Sicht erforderlich, die Schulräte an der konzeptionellen Entwicklung einer inklusiven Bildungs- und Schullandschaft frühzeitig zu beteiligen. Den Schulämtern kommt in diesem Prozess eine bedeutende Rolle in der Koordinierung von Prozessen zu. Unterstützt werden sie durch die entstehenden Zentren für inklusive Bildung. Sie sollen den inklusiven Prozess prioritär mit gestalten.